

KULTURFORUM STADT BERLIN

DER SOZIALDEMOKRATIE

c/o Winfried Sühlo, Bleibtreustraße 8, 10623 Berlin, Telefon 030 – 883 79 14, Fax 030 – 88 55 11 54, post@kultur-in-berlin.com

André Schmitz, Chefs der Senatskanzlei: *Kultur, Bildung, Integration – eine Vision für Berlin* (Rede am 3. Juli 2006)

Lieber Herr Winfried Sühlo,
lieber Bernd Mehlitz,
meine Damen und Herren,

Kultur, Bildung, Integration – eine Vision für Berlin

Im Zusammenhang mit Berliner Kulturpolitik von Visionen für Berlin zu sprechen ist sicherlich sehr mutig.

Denn wenn die Berliner Kulturpolitik etwas dringend zu benötigen scheint, dann Geld – Geld und nicht Visionen. Geradezu reflexhaft landet jede Kulturdebatte in dieser Stadt beim Geld. Fließen die Subventionen, dann kommen die Visionen von ganz alleine. Das ist das in Stein gemeißelte Dogma der Berliner Kulturpolitik.

Warum das so ist, liegt auf der Hand: Berlin steckt nach wie vor in einer extremen Haushaltsnotlage. Das Land muss sparen. Und es spart. Auch die Kultur hatte einen nicht unbeträchtlichen Beitrag zu entrichten – dafür steht die Schließung des Schiller-Theaters, aber auch der Berliner Kunsthalle schon 1993, nur beispielhaft.

Heute haben die Kulturinstitutionen eine bessere Perspektive, auch wenn es manchmal heißt: zum Leben zu wenig, zum Sterben zuviel.

Dass Schließungen nicht mehr ernsthaft diskutiert werden, das ist auch das Verdienst des Kultursenators und des jetzigen Senats, die für den Erhalt der kulturellen Substanz Berlins gekämpft haben. Zu danken ist außerdem dem Bund. Besonders freue ich mich darüber, dass auch der neue Kulturstaatsminister Neumann sich nachdrücklich zum Hauptstadtkulturfonds bekannt hat. Dafür von dieser Stelle aus einen herzlichen Dank.

Aber soll oder darf sich Berliner Kulturpolitik damit begnügen, den Status Quo zu erhalten? Reicht es zu sagen, „wir machen kein Haus dicht“? Bekenntnisse dieser Art finden stets den Beifall der Kulturszene. Und ich habe den Verdacht: Mehr erwartet niemand, mehr will auch niemand – es sei denn: mehr Geld.

Ich finde: Das ist zu wenig, so froh ich darüber bin, dass wir mit großen Anstrengungen Vieles erhalten konnten.

Unsere Gesellschaft wandelt sich rasant. Der demographische Wandel und die Zuwanderung in unserem Land verändern unser Selbstverständnis. Schon in zwanzig Jahren wird in Berlin jedes zweite Kind einen Migrationshintergrund haben. Das bedeutet,

dass die Trägerschicht, die sich in der Nachfolge des Bildungsbürgertums ganz selbstverständlich auf „unsere“ Kultur bezogen hat, allmählich ausstirbt. Die alte Selbstverständlichkeit, dass „man eben in die Philharmonie und in die Oper geht“, muss durch ein neues Selbstverständnis ersetzt werden.

Wir müssen neu und engagiert über Kultur nachdenken – auch weil sie ein wichtiges Bindeglied der Gesellschaft ist:

Kultur stiftet Identität – für den Einzelnen und in gleicher Weise für die Gemeinschaft.

Kunst und Kultur helfen dabei, die Persönlichkeit zu bilden. Sie machen uns zu ganzen Menschen. Und die braucht unsere Gesellschaft, um zukunftsfähig zu sein. Bildung ist mehr als das, was PISA untersucht hat. In einer ganzheitlichen Bildung müssen Vernunft und Gefühl, Verstand und Sinne gleiches Gewicht haben. Nur dann werden Persönlichkeiten entstehen, die umfassend zur Teilhabe befähigt sind und auch dazu, Verantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen.

Kunst und Kultur sind Formen, in denen wir uns die Welt aneignen und sie gestalten können.

In Kunst und Kultur findet aber auch eine Verständigung der Gesellschaft über sich selber statt, über ihre aktuellen Fragestellungen genauso wie über ihre Tradition.

Und nur wenn wir über unsere kulturelle Tradition in einem guten Sinne verfügen, können wir uns auch mit Offenheit und mit Gelassenheit auf die kulturellen Unterschiede einlassen, die in unserer Zuwanderungsgesellschaft immer vielfältiger werden. Diese Unterschiede verlangen nach einem entspannten Dialog, nicht nach ängstlicher Abschottung.

Was bedeutet das für die Kultur in Berlin? Sie steht nicht still und deshalb muss sich auch die Kulturpolitik bewegen.

Berliner Kulturpolitik ist zu sehr Adressat einer negativen Erwartungshaltung geworden: Der Staat wird vorwiegend auf die Rolle des Geldgebers festgelegt, die er naturgemäß nie zur allgemeinen Zufriedenheit ausfüllen kann.

Berlins Kulturpolitik muss ihre Diskurshoheit zurückgewinnen; das heißt, sie muss verstärkt inhaltliche Debatten führen und konzeptionelle Akzente setzen. Nur so wird sie die richtige Reichweite und Reaktionsgeschwindigkeit erlangen, um auf die gesellschaftlichen Fragen ihre ganz besondere Antwort geben zu können.

Es muss darum gehen, das lebensfähig zu erhalten, was wir zum Leben brauchen, und es muss darum gehen, neue Akzente zu setzen.

Vieles ist schon erreicht: Ich denke an die Opernstiftung - auch wenn wir da nachjustieren müssen oder – um den Kollegen Flierl noch einmal zu loben - an das Mauergedenkkonzept des Senats. Ich halte dieses Konzept nicht nur für sehr geglückt, positiv ist auch, dass erst um Inhalte gerungen wurde und dann ums Geld.

Das „Gesamtkonzept Berliner Mauer“ wird zeigen: Gute und wichtige Inhalte scheitern in Berlin nicht am Geld. Und das bedeutet immer auch: Für wichtige Aufgaben im Bereich der Kultur werden wir – auch gemeinsam mit dem Bund – Lösungen finden.

Ich füge hinzu: Kultur in Berlin ist Hauptstadtkultur, sie steht im gesamtstaatlichen Interesse. Deshalb sollte darüber nicht nur in Berlin, sondern in ganz Deutschland debattiert werden. Und auch diese Diskussion steckt in einer Schiefelage: Wie kann es sein, dass die Rekonstruktion der Museumsinsel oder der Wiederaufbau des Schlosses mit einem Humboldt-Forum vorwiegend auf die Kostenfrage reduziert wird? In Frankreich wäre dies ein grand projet des Präsidenten der Republik und das gesamte Land nähme Anteil daran.

Hier geht es doch um die Frage, wie sich Deutschlands kulturelle Identität präsentiert. Die Museumsinsel ist dafür ein zentraler Ort, ebenso wie ein neu zu errichtendes Stadtschloss es wäre, das die außereuropäischen Sammlungen Berlins beherbergen könnte. Solche Orte in Berlin zu errichten, geht alle Deutschen an. Das ist keine Berliner, das ist eine nationale Angelegenheit. Da geht es auch um nationale Identität und internationale Reputation.

Deswegen sage ich mit Blick auf die Hauptstadt-Debatte: Wir sollten uns wieder mehr darauf konzentrieren, über kulturelle Inhalte und Aufgabengebiete zu diskutieren. Die Politik sollte nicht nur reagieren, sie darf sich nicht durch die Haushaltslage lähmen lassen, sie muss wieder mehr die Initiative ergreifen, sie muss anregen, sie muss ermutigen und ermöglichen. Sie muss auch erkennen, dass von der Kultur Berlins Zukunft abhängt.

„Kultur im weiten Sinne ... ist die Hauptstärke Berlins, die Grundressource für seine zukünftige Entwicklung“.

So steht es im Schlussbericht der Enquete-Kommission des Abgeordnetenhauses von Berlin „Eine Zukunft für Berlin“. Weiter heißt es dort:

„Die Wissenschafts-, Forschungs- und Kulturlandschaft zählt nicht bloß zu den Stärken der Stadt: Sie ist die entscheidende zentrale entwicklungsstrategische Ausgangsvoraussetzung für Berlin und entscheidendes Kriterium für Standort- bzw. Ansiedlungsentscheidungen.“

Soll heißen: Kulturpolitik ist in Berlin Standortpolitik. Denken Sie nur daran, dass allein die nicht mit öffentlichen Mitteln geförderte Kulturwirtschaft mehr als 90.000 Menschen in über 18.000 Unternehmen mit einem Jahresumsatz von rund acht Milliarden Euro beschäftigt.

Und in wichtigen Ansätzen hat auch die Stadt selber diesem Umstand bereits Rechnung getragen.

Denken Sie nur an die Medienpolitik und die Filmförderung. Berlin ist inzwischen eine bedeutende Medien-Metropole. Dank der engagierten Arbeit des Medienboards Berlin-Brandenburg ist die Region ein wichtiges Zentrum der Film- und Fernsehindustrie geworden, mit tausenden Arbeitsplätzen. Fördern und Vernetzen: Das kann Vorbild sein für die Kulturförderung. Dies ist ein großer Fortschritt gegenüber 2001: dass die Bedeutung von Kultur als Standortfaktor mittlerweile parteiübergreifend anerkannt wird. Aus dieser Erkenntnis muß die Politik aber noch stärker die Richtung weisenden Konsequenzen ziehen.

Wissen Sie, wie groß der Anteil der Kultur am Berliner Gesamthaushalt ist? Noch nicht einmal zwei Prozent. Sieben Prozent des Haushalts steckt Berlin in seine Hochschulen, elf Prozent in die Schulen. Dagegen beträgt der Anteil der Zinsausgaben zwölf Prozent – das ist der zweitgrößte Einzeltitel nach dem Etat für Soziales mit 19 Prozent. Zugespitzt könnte man sagen: Die Vergangenheit hat Berlin haushaltspolitisch so fest im Griff, dass der Stadt für die Zukunft die Luft auszugehen droht.

Darunter leiden zentrale Orte kultureller Identität wie die Stiftung Stadtmuseum und die Berlinische Galerie. Beide Einrichtungen sind chronisch unterfinanziert. Sie müssen aber Luft zum Atmen haben, um kreative Beiträge leisten zu können: zur Selbstverständigung über unsere Tradition in Vergangenheit und Gegenwart. Das ist die Basis für ein umfassendes Kulturverständnis, wie wir es für die Zukunft brauchen.

Dafür braucht Kultur in Berlin größere finanzielle Handlungsspielräume. Wir dürfen ihr nicht übel mitspielen, indem wir Kulturpolitik auf Haushaltspolitik verkürzen. Kulturpolitik muß sich gerade in der heutigen Zeit neue Wege bahnen.

Ich verstehe meinen Beitrag als Ermutigung dazu, mit Fantasie und Inspiration über die Berliner Kultur nachzudenken, darüber Debatten zu führen und neue, auch ressortübergreifende Allianzen zu schließen.

Das setzt freilich auch voraus, dass sich Berlins Kultureinrichtungen nicht nur auf sich selbst beziehen, dass sie sich vom haushaltspolitischen Diskurs lösen und noch stärker ihre Rolle als Hauptstadt-Kultur ausfüllen. Sonst wird das kreative Klima, von dem ich vorhin gesprochen habe, nicht wirklich zu einer dauerhaften Verbesserung der Großwetterlage beitragen können.

Berlins Kultur muss sich auf die Stadt einlassen, sie muss verstärkt den Dialog suchen – mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit den politisch Verantwortlichen. Berlins Kultur muss die Wirklichkeit dieser ständig in Bewegung befindlichen Stadt wach aufnehmen.

Aus eigener Erfahrung weiß ich: Leicht ist das nicht.

Im Jahr 1991 kam ich für sechs wunderbare Jahre als Verwaltungsdirektor an die Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz. Über dem Anfang stand das Menetekel Ivan Nagels, der in seinem berühmten Gutachten zur Zukunft der Berliner Theater 1991 schrieb: Nach zwei Jahren sei die Volksbühne entweder berühmt oder tot.

Damals haben wir sozusagen am eigenen Leib erfahren, dass ein Damoklesschwert über der Berliner Kultur schwebte. Und ich sage es frei heraus: Wir fanden das sehr ungerecht, wir sorgten uns darum, dass die Stadt ihr wichtiges Kapital – die Theater und Museen – nicht genug würdigte, wir mokierten uns über die vermeintliche Ignoranz und Engstirnigkeit der Berliner Kulturpolitik.

Dann wechselte ich 2001 die Seite und fand mich nun in der Politik gar nicht engstirnig und ignorant. Denn ich wurde mit einer anderen Realität Berlins konfrontiert: einer Stadt am Rande des haushaltspolitischen Kollapses, einer Stadt mit 18 Prozent Arbeitslosigkeit, mit drängenden Integrationsproblemen, mit wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen. Und mit einer Stadt, die gleichzeitig über einen einzigartigen kulturellen Reichtum verfügt, über großartige Theater, Orchester und Museen, über vielfältige kulturelle Initiativen.

Ich finde, dass viele dieser wunderbaren Häuser und die soziale Realität der Stadt nicht recht zusammenfinden. Gewiss: Die Kultureinrichtungen nehmen die gesellschaftlichen Probleme unserer Zeit auf. Was aber bisher meines Erachtens zu kurz kommt, das ist die Durchlässigkeit zwischen etablierter Kultur und dem, was ich als soziale Realität der Stadt skizziert habe.

Deshalb müssen wir noch besser dafür sorgen, dass junge Menschen in Berlin – egal welchen sozialen und ethnischen Hintergrund sie haben – mit unserer Kultur in enge Berührung kommen, damit sie sie als wertvoll, hilfreich, bereichernd und natürlich auch als beglückend erfahren können.

Es versteht sich von selbst, dass die Wirklichkeit Berlins die Politik vor schwierige Aufgaben und Entscheidungen stellt. Aber warum soll das nicht auch für einen Chefdirektoren, einen Theaterregisseur oder Museumsdirektor gelten?

- Vielleicht, weil Kunst etwas mit Wirklichkeit zu tun haben muss, und da darf die soziale Wirklichkeit nicht ausgeblendet werden;
- weil es darum gehen muss, aus unseren Problemschulen - und nicht nur aus diesen - junge Menschen herauszuholen und ihre Neugier auf Musik, auf Theater, auf Bildende Kunst zu wecken, damit sie Sinnangebote und Artikulationsmöglichkeiten für ein gutes Leben finden können;

- auf jeden Fall, weil staatlich geförderte Kultur eine öffentliche Angelegenheit ist und also Kultur auch einen öffentlichen Auftrag hat.
- Und: weil die Kultur auf diese Stadt angewiesen ist - so wie die Stadt die Kultur braucht wie die Luft zum Atmen.

Die Volksbühne beweist bis heute, dass eine Bühne, die immer wieder versucht, den Puls der Zeit zu spüren – bei Castorf sind es die Ex- und Post-DDR-Gesellschaft und die vielschichtigen Transformationsprozesse - außerordentlich lebendig und erfolgreich sein kann. Mittlerweile ist Frank Castorf dienstältester Theaterintendant Berlins. „Tot oder berühmt?“, fragte Ivan Nagel. Die Volksbühne hat darauf eine entschiedene Antwort gegeben.

Indem sie sich vielfältigen Kulturinitiativen geöffnet hat, konnte sie ein neues Publikum gewinnen. Die Volksbühne ist nur in Berlin denkbar, aber ihre Arbeit weckt großes Interesse weit über unsere Stadt hinaus. Diesem Theater gelingt es – und deshalb hebe ich es hier besonders hervor –, das Bild von Berlin in einer ganz besonderen, unverwechselbaren Weise abzubilden und zu verdichten, als Stadt der sozialen und mentalen Brüche, als Ort kultureller Vielfalt, als faszinierendes Amalgam zwischen Ost und West.

Es gibt andere Beispiele für einen positiven Klimawechsel, Beispiele für die Öffnung bedeutender Kultureinrichtungen in die Stadt hinein.

Denken Sie an das Tanzprojekt „Rhythm is it“ der Berliner Philharmoniker mit Berliner Jugendlichen – ein Projekt, das im Entstehen seine große sozialpolitische Dimension entfaltete und das junge Menschen ermutigt hat. Das ist die Lehre des Erfolgsprojektes „Rhythm is it“: Da sind junge Menschen vielleicht zum ersten Mal in ihrem Leben mit einer Musik konfrontiert worden, die normalerweise am Kemperplatz oder Unter den Linden zuhause ist. Für viele Jugendliche ist die Zugangsschwelle dorthin zu hoch, vor allem wenn sie einen ganz anderen kulturellen Hintergrund haben. Aber sie haben durch den Tanz diese Musik zu ihrer Sache gemacht. Sie hat ihnen Erfahrungen ermöglicht, sie hat Energien freigesetzt, sie hat einfach Spaß gemacht. Das Ergebnis hatte eine unglaublich starke künstlerische Intensität und Ausstrahlung – das wird jeder bestätigen, der es miterlebt hat. Kulturelle Ermutigung, das heißt: Zugänge schaffen, Zugangsschwellen absenken, Erfahrungsräume auf tun, Kräfte wecken.

Dazu braucht man nicht immer Sir Simon Rattle und die Berliner Philharmoniker. Auch die Rütli-Schule ist ein positives Beispiel: Es war beeindruckend zu sehen, wie die Jugendlichen durch eine gemeinsam einstudierte Musical-Show Selbstachtung, Selbstbewußtsein und Respekt zurück gewannen, wie sie sich friedlich und voller Begeisterung in dieses Projekt stürzten.

Und es wäre keine schlechte Idee, wenn das Land solche Projekte an Schulen stärker förderte. Ich bin sicher: das erspart manchmal den Sozialarbeiter. Wie hat Otto Schily einmal gesagt? „Wer Musikschulen schließt, gefährdet die innere Sicherheit.“

Hier sind auch Berlins Theater und Musiktheater gefordert. Sie dürfen ihre pädagogische Arbeit nicht auf Jugendliche beschränken, die ohnehin zu ihnen kämen. Sie müssen sich für alle öffnen, sie müssen selbst zu den Jugendlichen gehen. Beide Seiten werden davon profitieren: die Jugendlichen ohnehin, und die Künstler können erleben, wie Jugendliche „so ticken“. Das wird auf die künstlerische Arbeit wie eine Vitaminspritze wirken.

Ein politischer Aspekt kommt hinzu: Die Teilhabe an der Kultur ist ein Grundrecht. Dieses Grundrecht lässt sich aber nur dann einlösen, wenn auch das Recht auf kulturelle Bildung realisiert wird.

Deshalb brauchen wir mehr kulturelle Bildungsarbeit. Diese Arbeit müssen die etablierten Kultureinrichtungen gemeinsam mit den Schulen leisten.

Brigitte Lange hat vorgeschlagen, Bildungsvermittlung in eine mit den Einrichtungen, den Intendanten zu schließende Zielvereinbarung mit aufzunehmen. Diese Idee sollten wir aufgreifen.

Hier liegen – übrigens auch im außerschulischen Bereich - noch große Aufgaben vor uns. Für die Weitergabe von kultureller Bildung müssen neue Verantwortungspartnerschaften entwickelt werden.

Ich unterstütze vorbehaltlos den Vorschlag des Rates für die Künste, gemeinsam mit dem Kultur- und dem Schulsenat dafür neue Organisationsformen zu entwickeln, zum Beispiel indem Künstler in die Schulen gehen und den herkömmlichen Kunstunterricht ergänzen.

Man muss nicht immer auf den Staat warten, man kann auch selbst die Initiative ergreifen, wie in dem vom Rat für die Künste vorgeschlagenen Kunstpatenprojekt, welches sich insbesondere an Berliner Grundschulen in sozialen Brennpunkten wenden will. Da sollen Berliner Kunstinstitutionen Patenschaften für Schulen übernehmen und Paten und Patenkinder sollen ihr gemeinsames, individuelles Programm entwickeln.

Das erfordert freilich auch, dass die Schulen sich solchen Angeboten noch mehr öffnen, dass sie auch von sich aus den Kontakt zu Künstlern und Kultureinrichtungen suchen. Unser novelliertes Schulgesetz gesteht ja den einzelnen Schulen solche Freiräume zu: Profilbildung ist ausdrücklich erwünscht!

In den Kindergärten gibt es so gut wie kein qualifiziertes künstlerisches Angebot. Das muss geändert werden.

Ich verstehe auch nicht, dass im sonst sehr fortschrittlichen neuen Schulgesetz die Bibliotheken als Träger kultureller Bildung nicht mehr auftauchen.

Wir müssen die Bibliotheken und die Musikschulen, an denen meiner Meinung nach jahrelang viel zu viel gespart worden ist, neu entdecken. Alle Ebenen von Politik und Verwaltung müssen dazu beitragen, diese Gewächshäuser von Bildung und ästhetischer Erfahrung zu unterstützen: damit sie ihre Leistungsfähigkeit erhalten und nach Möglichkeit vergrößern; damit sie sich auf ihre Zukunftsaufgaben einstellen können. Vielleicht wäre ein Runder Tisch hilfreich.

Dies bedeutet aber auch für Politik und Verwaltung, dass sie lernen, ressortübergreifend ganzheitlich zu denken und zu handeln. Das gilt vor allem für die Bildungs-, Kultur- und Sozialverwaltung. Eine schwere Aufgabe.

Der Rat für die Künste hat gute Impulse gegeben. Jetzt sollten die Akteure des Kulturlebens in unserer Stadt daran anknüpfen. Kulturelle Bildungsarbeit liegt ja schließlich in ihrem wohlverstandenen Eigeninteresse.

Ich wünsche mir aber auch, dass sie sich einmischen, dass sie politisch mitreden. Sie haben ja die besten Argumente. Da fehlt mir eine wichtige Stimme.

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen. Wie Sie wissen, führt Berlin ab dem kommenden Schuljahr den verbindlichen Ethik-Unterricht ein. Über das Für und Wider ist viel diskutiert worden, vor allem – den Kirchen und Religionsgemeinschaften sei Dank – über den freiwilligen Religionsunterricht.

Kaum jemand hat hingegen problematisiert, dass es im Gegenzug Einschnitte bei der musisch-ästhetischen Erziehung geben wird. Musik wird in den Klassenstufen 9 und 10 nur noch ein Wahlpflichtfach sein.

Das ist nicht gut für eine Stadt wie Berlin mit ihrer großen musikalischen Tradition, mit ihren drei Opernhäusern, mit ihren weltberühmten Orchestern, mit ihrer faszinierenden Pop-Kultur.

Wo war da der lautstarke Protest der Berliner Musik-Szene? Ich habe nichts vernommen. Wo sind die Intendanten, die Künstler und Professoren, die öffentlich sagen: So geht es nicht, Herr Schulsenator. Wer hat eine Debatte darüber angestoßen, wozu man heute Musik-Unterricht braucht und wie ein zeitgemäßer Musik-Unterricht zu gestalten ist?

Eine solche Debatte hat es nicht gegeben. Das ist der eigentliche Skandal.

Zur Ehrenrettung des Schulsenators muss gesagt werden, dass auch er, der wegen des Ethik-Pflichtfachs zu schmerzhaften Einschnitten bei anderen Fächern gezwungen war, diesen Schritt bedauert.

Das heißt allerdings noch längst nicht, dass man dies klaglos hinnehmen muss.

Wir brauchen solche Debatten. Wir müssen sie führen im Sinne einer ständigen und zeitgemäßen Erneuerung von Berlins reichen kulturellen Ressourcen. Wir können uns nicht darauf ausruhen, dass Theater und Konzertsäle in Berlin noch ihr Publikum haben. Wir müssen vielmehr alles dafür tun, dass das in Zukunft auch so bleibt. Und das müssen wir nicht allein deshalb, um alle unsere Einrichtungen auf Dauer behalten und erhalten zu können. Das sind wir den jungen Menschen schuldig, die in der Teilhabe an kulturellen und künstlerischen Ereignissen etwas erfahren können, was es nirgends sonst gibt. Aber wem sage ich das!

Das bedeutet auch: Wir müssen viel größere Anstrengungen unternehmen, damit in Berlin kulturelles Interesse und Engagement gleichsam von unten nachwachsen.

Dazu ist es wichtig, die Kulturarbeit der Bezirke zu stärken.

Das Kulturforum Stadt Berlin hat zu Recht darauf hingewiesen, dass Kunst- und Kulturvermittlung im Wohnquartier und im Stadtteil unverzichtbar sind. Deshalb unterstütze ich die Forderung des Kulturforums, die bezirkliche Kulturarbeit von weiteren Kürzungen auszunehmen.

Berlin muss – im Gegenteil – seine bezirkliche Kulturarbeit stärken. Denn eine gezielte Kulturarbeit auf Bezirksebene bietet die große Chance, soziale Brennpunkte zu entschärfen und Probleme von Migration und Integration zu lösen.

Man muss nicht daran erinnern, dass in Berlin eine halbe Million Menschen aus mehr als 180 Ländern leben, hinzu kommen zehntausende Deutsche mit Migrationshintergrund.

Wir brauchen viel mehr kulturellen Austausch. Wir müssen Migranten kulturell viel stärker fördern. Kulturelle Partizipation und die Fähigkeit zur politischen Teilhabe sind zwei Seiten derselben Sache. Und wir wollen ja Migrantinnen und Migranten, die das Gemeinwesen auch zu ihrer Sache machen.

Außerdem bringt die Kulturarbeit mit Migranten einen kulturellen Gewinn für Berlin, den wir vielfach noch viel zu wenig zu schätzen wissen. Der Begriff Migranten-Kultur weckt ja fatalerweise bei vielen Menschen Assoziationen zwischen Folklore und Hartz IV.

Die Erfahrungen von Migranten gerade der zweiten und dritten Generation sind aber in ihrer sozio-kulturellen Brüchigkeit und Vielschichtigkeit oft typische Metropolen-Erfahrungen – Erfahrungen, die uns etwas für die Zukunft lehren können.

Das Überschreiten kultureller Grenzen, der Blick „mit anderen Augen“, das verändert auch **unsere** Selbstwahrnehmung und erweitert **unseren** Horizont. Ein eindrucksvolles Beispiel dafür ist der Karneval der Kulturen in Berlin, der zu einem Fest des Austauschs, der Lebensfreude und der Toleranz geworden ist.

Diese zutiefst modernen Erfahrungen können helfen, das Leben in der Metropole zu gestalten.

Dazu muss Berlin lernen, die Schätze der verschiedenen Kulturen zu heben und zum Glänzen zu bringen. Dann wird seine Faszination als Metropole in besonderer Weise auch von den kulturellen Entfaltungsmöglichkeiten der Migranten ausgehen.

Mancher Berliner Künstler türkischer Herkunft steht in Istanbul bereits höher im Kurs als bei uns, und wir müssen aufpassen, dass große Talente nicht in unsere türkische Partnerstadt abwandern.

Auch das ist eine anspruchsvolle Aufgabe für die Berliner Kulturpolitik: eine Atmosphäre zu schaffen, in der die Talente dieser Stadt sich in der ganzen Buntheit und Vielfalt entwickeln können. Dazu muss man nicht Alchimie betreiben, und trotzdem verwandelt sich etwas in Gold – wie die steile Karriere etwa eines Fatih Akin, der 2004 bei der Berlinale einen Goldenen Bären gewann.

Junge Migranten dürfen sich nicht abgeschrieben fühlen. Sie sollen ihre Talente einbringen können. Künstler wie Grimmepreisträger Erhan Emre oder Filmemacher Neco (Neko) Celik (Tschelik) entdeckten ihr Können in der Kreuzberger Naunynritze. Sie und andere sind positive Vorbilder für türkische oder arabische Kids, sie zeigen, dass unsere Gesellschaft offen für sie ist - so offen, wie das Hebbel am Ufer, ein Theater, das weiten Raum für Migrantenkultur geschaffen hat, Raum zum Schauen, zum Erleben, zum Diskutieren, zum Reagieren auf beiden Seiten.

Eine gute und nachhaltige Kulturpolitik für die Metropole Berlin macht sich die Anerkennung kultureller Unterschiede zum Leitbild und sie begreift diese Unterschiede als Bereicherung und Verpflichtung zugleich.

Deshalb begrüße ich es, dass die im Rat für die Künste versammelten Kulturschaffenden Ernst machen wollen mit der interkulturellen Öffnung.

Es versteht sich von selbst, dass die Politik diese anspruchsvollen Aufgaben nicht nur mit dem Scheckbuch lösen kann – vor allem dann nicht, wenn das Konto keine Deckung aufweist. Die Politik kann aber die handelnden Personen zusammenbringen, sie kann aktivieren und moderieren. Als Beauftragter für bürgerschaftliches Engagement habe ich gelernt: Politik ist dann erfolgreich, wenn die Akteure sich als gleichberechtigte Partner begegnen, sozusagen auf Augenhöhe. Das fördert das Engagement auf allen Seiten.

Ich sage das auch vor dem Hintergrund von Berlins angespannter Finanzlage. Kulturpolitik wird in den nächsten Jahren neben der Bestandsbewahrung versuchen müssen, sich wieder finanzielle Freiräume zu verschaffen, um Akzente zu setzen.

Dazu müssen wir unterschiedliche Wege beschreiten. Zum einen müssen wir mit dem Bund in umfassender Weise klären, was der gesamtstaatlichen Repräsentation dient und auch vom Bund zu finanzieren ist. Da ist die Deutsche Staatsoper Unter den Linden, die nicht nur so heißt, sondern in der Tat von ihrer Tradition her in die vollständige Obhut des Bundes gehört. Da ist das Gedenkstättenkonzept: Es ist unverständlich, dass bei klarer Aufgabentrennung von Bund und Land das Holocaust-Mahnmal, die Neue Wache, das Jüdische Museum ganz vom Bund finanziert werden, die Topographie des Terrors, die Gedenkstätte Deutscher Widerstand und das Haus der Wannsee-Konferenz jedoch zur Hälfte auch von Berlin. Alle diese Einrichtungen haben eindeutig eine nationale Bedeutung. Dafür ist ausschließlich der Bund zuständig.

Wenn der Bund seine gesamtstaatliche Verantwortung in der Hauptstadt noch stärker wahrnimmt, trägt das zur Entlastung unseres Kultur-Etats bei und hilft Raum für Neues zu schaffen. Daran müssen wir aber auch mit weiteren strukturellen Reformen arbeiten.

Mehr institutionelle Förderungen werden kaum möglich sein. Deshalb brauchen wir neue kooperative Fördermodelle. Wir müssen darüber nachdenken, wie privates und bürgerschaftliches Engagement der Kultur noch mehr nutzen kann. Die Mitwirkung Privater im Kulturleben verdient deutlich bessere Rahmenbedingungen. Denken Sie an das Stiftungsrecht und die Praxis der Stiftungsbetreuung. Weiterhin bedarf es auch einer verstärkten Anerkennungskultur, die deutlich macht, dass die öffentliche Hand die privaten Beiträge zum Kulturbetrieb zu schätzen weiß.

Ich kann mir auch eine größere Selbständigkeit der kulturellen Institutionen gut vorstellen, mit Zuwendungsverträgen über mehrere Jahre wie bei den Hochschulen. Das erhöht Planungssicherheit und Gestaltungsspielraum für beide Seiten.

Zu überlegen wäre ferner, ob und wie die fünf großen Schauspielbühnen unserer Stadt im nicht-künstlerischen Bereich kooperieren können, ähnlich wie bei der Opernstiftung, allerdings mit dem Unterschied, dass die Bühnen sich nicht künstlerisch abstimmen, sondern lediglich in den Bereichen Verwaltung und Werkstätten Synergieeffekte erzielen sollen.

Wir sollten endlich auch die nicht-künstlerischen Mitarbeiter aus dem Tarifgeflecht des öffentlichen Dienstes herauslösen und speziell für sie einen Tarifvertrag nach dem Vorbild des Tarifvertrages für die künstlerisch Beschäftigten in den Theatern entwickeln.

Der Deutsche Bühnenverein hat den staatlichen und kommunalen Arbeitgebern bereits vor vier Jahren Hilfe bei der Aushandlung eines Tarifvertrages angeboten. Die Stadt sollte dem Deutschen Bühnenverein ein derartiges Verhandlungsmandat übertragen.

Wären die Beschäftigungsverhältnisse von Arbeitern und Angestellten, aber auch von Musikern den Zeitverträgen der Schauspieler und Sänger angeglichen, dann hätten wir eine Tarifgestaltung, die sich den Arbeitsbedingungen an den Bühnen anpasst. Und wir könnten dadurch Spielraum gewinnen für neue und andere Schwerpunkte.

Eine große Strukturreform haben wir bereits erfolgreich angestoßen: die Opernstiftung.

Wie bei jeder großen Reform ist jetzt die Zeit gekommen, um nachzulegen und die Opernstiftung fit für die Zukunft zu machen.

Das wird zweifellos eine der großen kulturpolitischen Aufgaben in der kommenden Legislaturperiode sein.

Wir erleben ja derzeit eine Debatte, in der die Opernstiftung in Frage gestellt wird, obwohl die Gründung der Stiftung doch die einzige Möglichkeit war, alle drei Berliner Opernhäuser dauerhaft zu erhalten. Wer also die Opernstiftung tot redet, der übt damit auch ein verbales Attentat auf Berlins Opernhäuser aus.

Die Grundidee der Stiftung ist richtig: durch strukturelle Maßnahmen und Synergieeffekte eine wirtschaftlichere Führung der Opernhäuser zu ermöglichen.

Deshalb möchte ich auch an dieser Stelle den amtierenden Kultursenator loben. Ohne seinen großen Einsatz für die Gründung der Opernstiftung mit aktiver Unterstützung durch den Regierenden Bürgermeister wäre 2001 die Deutsche Oper im Abgeordnetenhaus geopfert worden – mit parteiübergreifendem Konsens. Das konnte abgewendet werden.

Positive Struktureffekte sind bereits zum Tragen gekommen, vor allem die erfolgreiche Gründung des Staatsballetts Berlin unter Leitung von Vladimir Malakov.

Jetzt muss aber weiter an dem Gesamtprojekt gearbeitet werden.

In der Tat können Berlins Steuerzahler erwarten,

- dass die Spielpläne der Opernhäuser aufeinander abgestimmt sind,
- dass Verwaltungen, Werkstätten, Kartenverkauf und Marketing gebündelt werden und ökonomisch arbeiten,
- dass sich das Personal aller drei Opernhäuser im künstlerischen, technischen und im Verwaltungsbereich untereinander aushilft.

Künstlerische Eitelkeiten dürfen das nicht behindern.

Aber ich bekenne mich eindeutig dazu, drei eigenständige Opern unter dem Dach der Opernstiftung zu erhalten. Nur in den klar von einander abgegrenzten Profilen aller drei Opernhäuser liegt das international viel beachtete Alleinstellungsmerkmal des Opernstandortes Berlin. Die Bedingungen dafür zu schaffen, dass diese Profile sich weiter schärfen, das ist allerdings auch ein gewichtiges Postulat, dem die Kulturpolitik und die Akteure in der Stiftung sich stellen müssen. Dafür braucht es aber keines Generalintendanten.

Was also ist zu tun? Zunächst sollte man die Finanzplanung der Opernstiftung noch einmal überdenken. Aus eigener Erfahrung weiß ich, das an allen drei Häusern bereits vor der Gründung der Opernstiftung erhebliche Einsparleistungen erbracht worden sind.

Die Absenkungsrate von 16,8 Millionen Euro für den Zeitraum von 2005 bis 2009 ist vielleicht ein sehr hoch gestecktes Ziel. Bis 2007 wird die Opernstiftung aller Voraussicht nach 7,6 Millionen Euro davon erbringen können. Problematisch wird es mit den Absenkungsraten für 2008 mit sechs Millionen Euro und für 2009 mit 3,2 Millionen.

Besonders beunruhigt es mich, dass diese Einsparsummen auf dem Papier mit einer, wie ich finde, unrealistisch hohen Einnahmensteigerung aus dem Kartenverkauf der Opernhäuser errechnet worden sind. Selbstverständlich müssen alle Häuser sich um höhere Einnahmen bemühen. Angesichts der wirtschaftlichen Situation der Stadt Berlin und ihres Umlandes werden die Häuser ihren Kartenverkauf jedoch kaum um 32,5 Prozent steigern können.

Bedenken Sie:

Das erfolgreichste der drei Opernhäuser, die Staatsoper, müsste ihren Refinanzierungsgrad von zur Zeit 22, 5 Prozent auf 34 Prozent anheben. Um Ihnen einen Vergleich zu geben: In der reichsten Stadt Europas, in Hamburg, liegt der Refinanzierungsgrad bei 24 Prozent.

Die Alternative ist klar: Entweder man muss sich mit dem Gedanken anfreunden, dass zwei Opernhäuser fusionieren. Das käme de facto der Schließung eines Hauses gleich, da darf man sich nichts vormachen. Deshalb darf die Fusion keine wirkliche Option für die Kulturmetropole Berlin darstellen. Oder man muss über die Streichung der Einsparraten ab 2008 noch einmal reden.

Neuerdings gibt es auch Überlegungen, die Deutsche Oper Berlin in ein Haus mit Stagione-Prinzip zu verwandeln. Für das größte Opernhaus Berlins, das die größten Einnahmen erzielen und am wirtschaftlichsten arbeiten kann, ist das keine akzeptable Perspektive, hieße es doch, die Deutsche Oper Berlin könnte nur 80 – 85 Vorstellungen

im Jahr geben. Wir alle sind gespannt, welches Konzept Generaldirektor Michael Schindhelm dem Stiftungsrat am Ende des Jahres vorschlagen wird.

Ein anderes verdienstvolles Feld für die Berliner Kulturpolitik ist die zeitgenössische Kunst. Berlin ist in rasantem Tempo zu einer weltweit beachteten Metropole für zeitgenössische Kunst geworden. Unsere Stadt wird von Künstlern wegen ihres kreativen Flairs geschätzt, aber auch wegen der vielen Freiräume, die zur künstlerischen Entfaltung einladen. Ateliers und Galerien finden hier perfekte Voraussetzungen, und das heißt auch: geeignete und bezahlbare Räume.

Viele großartige Künstler aus aller Welt leben und arbeiten in Berlin. Sie stellen in den großen Museen der bedeutenden Kunstmetropolen aus, wie das kanadische Künstlerpaar Janet Cardiff und George Bures Miller oder der Däne Olafur Eliasson. Nur in Berlin selbst, ihrer Wahlheimat, sind sie so gut wie unsichtbar.

Das gleiche gilt für Jonathan Meese, der auch in Berlin lebt, aber derzeit in den Hamburger Deichtorhallen gefeiert wird. Oder für Daniel Richter, der Professor an der UdK ist, und in der halben Welt Ausstellungen hatte.

Und wer erinnert sich nicht noch an das große Raunen, das im Dezember vergangenen Jahres durch die deutschen Feuilletons ging, als im Palast der Republik die Kunstausstellung „White Cube“ für ein paar Tage zu sehen war? Die Werke, die so großes Aufsehen erregten, stammten alle von in Berlin lebenden Künstlern wie Franz Ackermann, John Bock, Thomas Demand, Ceal Floyer, Mathew Hale, Uwe Henneken, Katja Strunz und Manfred Pernice.

Nun, der Palast der Republik wird abgerissen – zum Glück. Aber die Idee, zeitgenössische Berliner Kunst in dieser Stadt angemessen zu präsentieren, bleibt von der Kulturpolitik noch einzulösen.

Berlin ist stolz auf seinen kulturellen Reichtum. Stolz kann man aber immer nur auf das sein, was man schon erreicht hat. Das ist zu wenig für die Zukunft. Berlin braucht Orte, an denen man gewissermaßen in Echtzeit dabei zuschauen kann, wie Kunst sich entfaltet und entwickelt. Ein solcher Ort könnte eine neue Berliner Kunsthalle sein, ein Netzwerk und Kraftwerk in einem, so kreativ und lebendig wie Berlins Kunstszene selbst, ein Ort, der Anstöße gibt, fokussiert, Debatten auslöst.

Eine Kunsthalle ließe sich leichter realisieren als man zunächst denkt. Ein aufwändiger Neubau wäre nicht nötig. Geeignete Räumlichkeiten gibt es, etwa die ehemalige Jüdische Mädchenschule in der Auguststraße – mitten in der der Galerieszene des Scheunenviertels.

Damit bin ich endgültig im Reich der Visionen angekommen. Aber ich bekenne mich dazu: Berlin, diese junge Metropole, die sich im Laufe ihrer kurzen Geschichte immer wieder neu erfunden hat, braucht auch Visionen.

Alle, die für Kultur Verantwortung tragen – die Politik und die Künstler müssen sich in Zukunft einer neuen Aufgabe stellen:

Berlin braucht den Dreiklang von: Kultur, Bildung, Integration.